

Pakistan im Überblick

zusammengestellt von Fabian Falter

Zuckerbrot und Peitsche

Anfang September unterzeichneten die pakistanische Außenministerin H. R. Khan und ihr indischer Amtskollege S. M. Krishna mehrere Vereinbarungen zu Visaerleichterungen zwischen den rivalisierenden Nachbarländern. Dabei soll in Zukunft das Reisen für Geschäftsleute, Pilger, Touristen und Mitglieder getrennter Familien einfacher werden. Wenige Tage später testeten beide Staaten erneut atomwaffenfähige Raketen.

Proteste gegen Blasphemie-Gesetz

In den 1980er Jahren entwarf die Verwaltung unter Präsident General Zia-ul-Haq strikte Anti-Blasphemie-Gesetze, die seitdem zu vielen umstrittenen Prozessen geführt haben. Im neuesten Fall wurde im August die jugendliche Christin Rimsha Masih verhaftet, weil sie Seiten aus dem Koran verbrannt haben soll. Daraufhin kam es zu Protesten von Christen und Journalisten, die ebenfalls häufig von dem Gesetz betroffen sind oder von radikalen Gruppierungen bedroht werden. Später fand die Polizei heraus, dass mutmaßlich ein Imam die Seiten verbrannt hat, jedoch ist der Prozess noch nicht beendet.

Imran Khan und die Drohnen

In den Streit zwischen der US- und der pakistanischen Regierung über den Einsatz von Drohnen über pakistanischem Gebiet hat sich nun auch der Oppositionspolitiker und frühere Cricket-Star Imran Khan eingeschaltet. Mit einem Konvoi voll „Friedensaktivisten“ hinter sich fuhr er in Richtung der Stammesgebiete im Nordwesten Pakistans, wurde jedoch unterwegs von den Behörden aufgehalten. Beobachter sagen, Khan versuche, sich mit populistischen Aktionen für die Wahlen 2013 in Position bringen.

Malala

Schon mit elf Jahren setzte sie sich für Mädchenbildung ein und schrieb später regelmäßig einen Blog für die BBC. Am 9. Oktober 2012 wurde der Name der 14-Jährigen Malala Yousafzai aus dem Swat-Tal zum Symbol, als Extremisten versuchten, sie zu erschießen. Ist sie nun Symbol für den Kampf für Frauenrechte in Pakistan? Für den gesellschaftlichen Wandel zum Guten oder für die westliche Einmischung? Aktivisten

sammelten jedenfalls inzwischen etwa 60.000 Unterschriften, um die Regierung zu einer Nominierung Malalas für den nächsten Friedensnobelpreis zu drängen. (Vgl. hierzu auch den Artikel von Bernard Imhasly in diesem Heft).

Ein Paradies für Scharfmacher

Die Provokation des Schmähdilms *The Innocence of Muslims* fiel in Pakistan auf fruchtbaren Boden – den der Scharfmacher auf beiden Seiten. Als der pakistanische Eisenbahnminister Ghulam A. Bilour ein Kopfgeld von 100.000 Dollar auf den Filmmacher aussetzte, war das eine Steilvorlage für westliche Islamkritiker und islamistische Gruppen gleichermaßen. Bei gewaltsamen Protesten gegen den Film starben Mitte September in Pakistan etwa 20 Menschen. Die US-Regierung versuchte, die Lage mit einer Videobotschaft zu beruhigen. Aber auch die pakistanische Regierung um den Präsidenten Asif Ali Zardari versuchte mit einem Ehrentag für den Propheten die Situation für sich zu nutzen und verlorengegangene Sympathien zurück zu gewinnen.

Alle Jahre wieder

Auch in diesem Jahr kam es im Zuge des Monsuns in Pakistan und Indien zu schweren Überschwemmungen. Behördenangaben zufolge haben die Fluten in Pakistan 750 Menschen das Leben gekostet und über 270.000 Häuser zerstört. Etwa 4,5 Millionen Menschen seien insgesamt betroffen. Jedes Jahr kommt es in Südasien während des Monsuns zu starken Regenfällen, die zu Überflutungen führen. Im Jahr 2010 starben bei der bisher größten Umweltkatastrophe in Pakistan etwa 2000 Menschen.

Etwa 300 Tote bei Fabrikbränden

Bei zwei Fabrikbränden sind Mitte September fast 300 Menschen gestorben. Die Textilfabrik in Karatschi, die auch für den deutschen Konzern Kik produziert, und eine Schuhfabrik in Lahore waren zur Unglückszeit völlig überfüllt und nicht mit Brandschutzvorkehrungen ausgestattet. Im Gegenteil berichteten Augenzeugen von versperrten Fluchtgängen. Immer wieder werden die Arbeitsbedingungen in südasiatischen Textil- und Schuhfabriken kritisiert und immer wieder kommt es zu schweren Unfällen. Bislang scheint jedoch die Profitgier immer über den Arbeitnehmerschutz zu siegen.